

Freitag, 27. Februar 1976

Blatt 377

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Landtag und Gemeinderat  
(rosa) Bedeutsame Transaktionen: 300 Arbeitsplätze für  
Favoriten, Pensionistenheim für Penzing  
Frühjahrsreinigung hat begonnen

Lokal: Fünf "Eiserne" Hochzeitspaare  
(orange) Morzinplatz: Nächtlicher U-Bahn-Baulärm  
Volksheim Ottakring wird um 18 Millionen Schilling  
instandgesetzt

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl) .  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

## bedeutsame transaktionen:

300 arbeitsplaetze fuer favoriten, pensionistenheim fuer penzing

1 wien, 27.2. (rk) zwei liegenschaftstransaktionen, die fuer die stadtstrukturplanung von bedeutung sind, wurden vom gemeinderatsausschuss fuer wohnen und liegenschaftswesen einstimmig genehmigt. es sind dies der kauf des areals des karmelitinnen-klosters im 14. bezirk, baumgarten, und der verkauf eines stadteigenen industriebaugebietes in favoriten an die chemie linz a.g.

"auf dem areal an der ober-laaer strasse in favoriten, das wir der chemie linz a.g. zur verfuegung stellen, kann eine betriebsstaette mit 300 arbeitsplaetzen errichtet werden", erklaerte dazu vizebuergemeister hubert p f o c h . "indem wir die voraussetzung fuer die errichtung neuer betriebe in wien erfuellen, koennen die arbeitsplaetze erfolgreich gesichert werden." in dem neuen werk des linzer unternehmens an der ober-laaer strasse sollen pharmazeutische mittel erzeugt werden.

der kauf des relativ grossen kloster-areals an der linzer strasse, das dem konvent der karmelitinnen gehoert, wird es ermoeglichen, in penzing ein pensionistenheim zu bauen. ein teil der liegenschaft besteht aus einem schoenen garten. die grundflaeche wird allerdings erst in zwei jahren der stadt wien zur verfuegung stehen, nachdem der konvent in das sogenannte faniteum in hietzing, wo ein neuer klosterbau errichtet wird, uebersiedelt ist. (smo)

0946

k o m m u n a l :

=====

## fruehjahrensreinigung hat begonnen

wien, 27.2. (rk) ungewoehnlich frueh konnte die stadt-  
reinigung heuer mit der fruehjahrensreinigung beginnen. das warme  
wetter ermoeeglichte donnerstag zum erstenmal den sinnvollen  
einsatz von kehrmaschinen und strassenwaschmaschinen. der rest-  
liche teil der fahrzeuge - fuer den notfall noch mit winterdienst-  
einrichtungen bestueckt - kann derzeit noch nicht fuer die strassen-  
reinigung eingesetzt werden.

solange das warme wetter anhaelt, wird die reinigung zuerst  
innerhalb des guertels und dann auch in den randbezirken fortgesetzt  
werden. da auch die kehrmaschinen zum staubbinden wasser vor-  
spritzen, muessen die reinigungseinsaetze bei eintritt von temper-  
aturen unter dem gefrierpunkt wieder unterbrochen werden. (wei)

++++

L o k a l :

=====

## fuenf "eiserne" hochzeitspaare

2 wien, 27.2. (rk) gleich fuenf wiener ehempaare feierten in diesen tagen nach 65 ehejahren ihre eiserne hochzeit.

in meidling: johann (89) und rosa h e r l i c k a (85), altmannsdorfer strasse 28/2/15, joahnn herlicka war kanzleileiter im landesgericht wien. das jubelpaar hat ein kind, ein enkerl und ein urenkerl.

in der leopoldstadt: rudolf (93) und anna s c h o b e r (88), kafkagasse 9/2/70. rudolf schober war sicherheitswachebeamter. das "eiserne" hochzeitspaar hat ein kind, zwei enkel und drei urenkel.

in ottakring: johann (90) und rosa p i n o s (87), brunnen-gasse 41/21. der ehemalige rauchfangkehrergeselle und seine frau haben zwei kinder, vier enkel und sechs urenkel.

in rudolfsheim-fuenfhaus: josef (90) und maria b i l e k (88), henriettenplatz 7/1/20. josef bilek war malermeister. von den zwei kindern des ehempaares ist eines noch am leben. zwei enkelkinder.

gleichfalls in rudolfsheim-fuenfhaus: walter (94) und josefa k l e n n e r (93), fenzlgasse 28/3/47. das jubelpaar hat drei kinder, vier enkel und sechs urenkel.

die bezirksvorsteher der betreffenden bezirke stellten sich bei den "eiserne hochzeitspaaren" als gratulanten ein und ueber-reichten ehrengaben der stadt wien. (am)

0949

L o k a l :

=====

morzinplatz: naechtlicher u-bahn-baulaerm

3 wien, 27.2. (rk) am donnerstag erfolgte der anstich der 416 meter langen zweiten (westlichen) streckenroehre der u 1 zwischen stephansplatz und schwedenplatz. im bereich der baustelle morzinplatz - rabensteig wird es waehrend der dauer dieser arbeiten - bis juni 1976 - zu laermbelaestigungen fuer die anrainer kommen. das ausgehobene erdmaterial muss naemlich sofort mit baggern aus dem schacht herausgehoben, auf lkw verladen und abtransportiert werden. diese arbeiten muessen auch waehrend der nacht dauern, da die schildmaschine aus technischen gruenden kontinuierlich vorge- trieben wird und unter der erde keinerlei lagermoeglichkeit fuer das aushubmaterial besteht. die bewohner der umliegenden haeuser wurden in einem rundschreiben um entschuldigung gebeten. (ger)

0951

Kommunal:Wiener Landtag  
=====

Wien, 27.2. (RK) Unter dem Vorsitz des Zweiten Landtagspräsidenten Otto Schweda trat Freitag vormittag der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war eine Änderung des Gebrauchsabgabengesetzes aus dem Jahre 1966. Wesentlichster Punkt der Novellierung ist, daß für das Benützen öffentlichen Grundes durch transportable oder nicht standfeste Verkaufsstände eine am Umsatz orientierte Abgabe eingeführt wird. Diese beträgt bis zu einem jährlichen Umsatz von 200.000 S ein Prozent, bis 450.000 S zwei Prozent und über 450.000 S drei Prozent der Einnahmen. Ausgenommen sind Maronibrater und Blumenstände. In der Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag der Landtagsabgeordneten Sallaberger (SPÖ), Dkfm. Wöber (ÖVP) und Dr. Hirnschall (FPÖ) eingebracht, durch den verhindert werden soll, daß durch ein nur geringfügiges Überschreiten der Grenzen der höhere Steuersatz in vollem Umfang zur Anwendung kommt. Die Novelle des Gebrauchsabgabengesetzes wurde mit dieser Änderung einstimmig angenommen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 27.2. (RK) Im Anschluß an den Wiener Landtag trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammen. Es lagen zwei Anfragen der ÖVP, betreffend Baukosten und Bauzeit der Wohnhausanlage Per Albin Hansson-Siedlung Ost und betreffend Mindereinnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1975, vor sowie drei Anfragen der FPÖ, betreffend die Erstellung eines Wiener Sportstättenleitplanes, die Grundwassersituation im 22. Bezirk sowie die zahnärztliche Versorgung der Wiener Bevölkerung. 10 Anträge der ÖVP betreffen: die Wohnhausanlage 20, Mortaraplatz, die gehaltsrechtliche Gleichstellung der städtischen Vertragsbediensteten mit den pragmatisierten Beamten bei freiwilligen Waffenübungen, den Ausdruck der Lohnsteuerkarte 1977/78/79 durch Computer, die Subvention an den Landesverband Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes, die Vorfinanzierung der Errichtung einer zweiten AHS im 22. Bezirk, die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes für den Neubau einer Landesjugendherberge, die Überprüfung eines Verzichts auf die im Bundesstraßengesetz 1971 vorgesehene Traisenbrücke zugunsten eines Neubaus der Floridsdorfer Brücke, die Ausstellung der Architektenvorschläge über die Oberflächengestaltung der Fußgängerzone Stephansplatz - Graben - Kohlmarkt, die Teilenthärtung des Trinkwassers aus dem Grundwasserwerk Lobau sowie die Einrichtung einer Autobusverbindung zwischen den Bezirksteilen Großjedlersdorf und Strebersdorf.

Von der FPÖ lagen drei Anträge vor, betreffend die medizinischen Vorsorgeuntersuchungen, die Wiedererrichtung des Red-Star-Sportplatzes sowie das Projekt einer Tiefgarage am Vogelweidplatz.

Alle Anfragen und Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Neuer Gemeinderat

Anschließend nahm der Bürgermeister die Angelobung des neu in den Gemeinderat berufenen GR. Leopold Schwarz (SPÖ) vor, der an Stelle von GR. Johann Hatzl tritt.

Sodann wurde als neues Mitglied in den Gemeinderatsausschuß III GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) gewählt (an Stelle von GR. Herbert Mayr - SPÖ). Neu in den Gemeinderatsausschuß VIII wurde GR. Raimund Kopfensteiner (SPÖ) und Leopold Schwarz (SPÖ) gewählt (an Stelle von GR. Gertrude Stiehl -SPÖ und GR. Johann Hatzl - SPÖ).

Kreisky-Stiftung

Als ersten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtrat Mayr (SPÖ) die Schaffung der "Dr. Bruno Kreisky-Stiftung" anlässlich der Vollendung des 65. Lebensjahres des Bundeskanzlers, zu der die Stadt Wien einen einmaligen Beitrag in Höhe von 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung stellt. Durch Beiträge anderer Institutionen sind bereits mehr als zehn Millionen Schilling zusammengekommen. Jedes zweite Jahr werden an Zinsen zwei Millionen Schilling zur Verfügung stehen, mit denen hervorragende Persönlichkeiten bedacht werden sollen, die sich Verdienste in Erfüllung der Menschenrechte erworben haben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bemängelte, daß bezüglich dieser Stiftung keine Gespräche mit der Opposition stattgefunden hätten und daß Bürgermeister Gratz die Überweisung des Beitrags der Stadt Wien am 21. Jänner mittels Notverordnung nach Paragraph 92 der Stadtverfassung verfügt habe.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) sprach von einer Degradierung des Gemeinderates zu einem Nachvollzugsorgan. Die Notverordnung sei bisher nur einmal - anlässlich der Kreditaktion für Hochwassergeschädigte - angewandt worden, damals mit Recht. Als es um ein Geburtstagsgeschenk für Bundespräsident Jonas ging, sei eine Sondersitzung des Gemeinderats einberufen worden. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Mayr (SPÖ) auf den Widmungszweck der neuen Stiftung hin.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (we)

Wiener Jugendkreis

GR. Hanke (SPÖ) referierte den Antrag, dem Verein Wiener Jugendkreis für 1976 eine Subvention von 20,980.000 S zur Verfügung zu stellen. GR. Ascherl (SPÖ) bezeichnete die Subvention als gut angelegtes Geld, weil die Tätigkeit des Jugendkreises dazu beitrage, daß aus den Kindern von heute die mündigen Bürger von morgen werden. Der Jugendkreis führe eine Fülle von Aktionen durch, die der Kommunikation, der Förderung der Kreativität und der Medienerziehung dienen. Wie erfolgreich diese Tätigkeit sei, könne zum Beispiel am Ferienspiel ermessens werden, an dem im vergangenen Jahr bereits mehr als 50.000 Kinder und Jugendliche teilgenommen hatten. Das Ferienspiel werde daher 1976 weiter ausgebaut werden - durch Veranstaltungen wie "Treffpunkt Lagerfeuer" und Gastspielen des holländischen Kinderzirkusses.

GR. Prochaska (ÖVP) erklärte, daß bei aller Anerkennung der Tätigkeit des Jugendkreises nicht Fehler oder Mangelerscheinungen übersehen werden sollten. Die Transparenz sei nicht immer gegeben, der zentrale Apparat erscheine zu aufgebläht, und die oft teuren Einrichtungen der Jugendzentren würden nicht sorgfältig genug betreut. Dieser Kritik trat GR. Hanke im Schlußwort entgegen: Die ÖVP-Vertreter hätten ausreichend Gelegenheit, bei den Entscheidungen im Vereins-Kuratorium und in den Arbeitsausschüssen mitzureden und mitzuentcheiden. Gerade die Personalaufwendungen seien sparsam, weil die umfangreiche Arbeit ohne ehrenamtliche Mitarbeiter gar nicht möglich wäre.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (smo)

U-Bahn-Bau - 59 Millionen Einsparung

Durch eine Projektsänderung im Bereich der Station Praterstern der Linie U 1 kann eine Einsparung gegenüber dem ursprünglichen Projekt um 59 Millionen Schilling erzielt werden. Die wesentlichste Änderung betrifft eine Reduzierung der ursprünglich viergleisig geplanten Auszieh- und Wendeanlage in der Lassallestraße auf drei Gleise.

GR. Daller (ÖVP) betonte in der Debatte, daß Einsparungen beim U-Bahn-Bau nur dann gerechtfertigt seien, wenn dabei keine

verkehrs- oder bautechnisch minderwertigen Lösungen herauskommen. Er kritisierte den Verzicht auf einen direkten Aufgang von der U-Bahn-Station zum Bahnsteig der S-Bahn, wodurch der Umsteigeweg um 50 Meter länger werde. Auch der Verzicht auf sechs ursprünglich vorgesehene Rolltreppen gebe Anlaß zur Besorgnis, müsse doch die Attraktivität der U-Bahn als öffentliches Verkehrsmittel oberstes Ziel aller Maßnahmen sein. GR. Daller brachte den Antrag ein, im Hinblick auf den Personenkreis, der Stiegen oder Rolltreppen bei U-Bahn-Stationen nicht oder nur unter Schwierigkeiten benützen könne, zu prüfen, ob bei U-Bahn-Stationen auch Aufzüge eingebaut werden können.

Die Ankündigung von Verkehrsminister Lanc, der Bund werde sich am Ausbau der U 1 nach Kagran beteiligen, bezeichnete Daller als einen äußerst bescheidenen Beitrag zur Erfüllung der berechtigten Forderungen Wiens.

GR Ing. Nedwed (SPÖ) stellte fest, daß der vorliegende Antrag das Ergebnis der Arbeiten einer Projektgruppe sei, die bereits seit mehr als einem halben Jahr mit der Untersuchung von Einsparungsmöglichkeiten im U-Bahn-Bau beschäftigt sei. Er unterstrich, daß derartige Einsparungen keinesfalls auf Kosten der Attraktivität der U-Bahn als Verkehrsmittel noch auf Kosten der Sicherheit gehen dürfen. Wenn man jedoch darauf bestehe, in allen Details sofort die absolut besten Lösungen zu verwirklichen, so sei dies nur auf Kosten des Tempos der Ausbauarbeiten möglich. Die von Stadtrat Ing. Fritz Hofmann vor einigen Monaten angekündigte Einsparungsaktion im U-Bahn-Bau sei in der Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen worden. Zum konkreten Projekt Praterstern bemerkte Ing. Nedwed, es komme nicht auf die Anzahl der Rolltreppen an, sondern auf ihre Leistungsfähigkeit.

Die Erklärungen von Verkehrsminister Lanc über den Anteil des Bundes am Ausbau des Nahverkehrs seien der Ausgangspunkt für Verhandlungen zwischen Bund und Stadt Wien, bei denen die Stadt Wien jedenfalls mehr Erfolg haben werde, als zu Zeiten der ÖVP-Alleinregierung. Ing. Nedwed gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Beteiligung des Bundes am Ausbau der U 1 nach Kagran gewährleistet sei. Darüber hinaus habe Verkehrsminister Lanc ja auch den Ausbau des S-Bahn-Netzes und andere Maßnahmen im Bereich des Nahverkehrs angekündigt.

Wien könne stolz darauf sein, was in den sieben Jahren des U-Bahn-Baus bisher geleistet worden sei, zumal man mit den technisch schwierig

sten Teilstücken begonnen habe. Mit dem Bau der U-Bahn würden gleichzeitig auch andere wichtige Probleme gelöst, so der Bau von Tiefgaragen und die Schaffung von Fußgängerzonen. Schon heuer werde die U-Bahn zwischen Friedensbrücke und Heiligenstadt verkehren, 1978 auf den Teilstrecken Reumannplatz - Karlsplatz und Heiligenstadt - Karlsplatz, 1979 zwischen Karlsplatz und Stephansplatz und 1981 auf dem gesamten engeren Grundnetz (U 1, U 2, U 4). Zur Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme seien aber auch verkehrsorganisatorische Maßnahmen - so zum Beispiel das Straßenbahnbeschleunigungsprogramm und die Parkraumbewirtschaftung - erforderlich.

GR Bednar (SPÖ) betonte in seinem Schlußwort, daß mit der Projektänderung am Praterstern keine Minderung der Attraktivität der U-Bahn verbunden sei. Die Möglichkeit zu einem späteren Einbau weiterer Rolltreppen sei - für den Fall, daß er sich als sinnvoll erweisen sollte - offen gelassen.

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der von GR Daller eingebrachte Beschlußantrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Stadtgestaltung und Verkehr zugewiesen. (ger)

#### Sportförderung

Die Wiener Stadthalle soll aus den Sportförderungsmitteln für 1976 33,2 Millionen bekommen, referierte GR Brosch (SPÖ). Dieser Betrag macht 60 Prozent der Sportförderungsmittel für das heurige Jahr aus, stellte GR Dr. Hirnschall (FPÖ) fest. Es fragt sich, so Hirnschall, ob eine so hohe Subvention an eine Institution noch im Sinne des Breitensportes ist. Hirnschall kritisierte, daß das Ansuchen der Wiener Stadthalle keine genauen Unterlagen über die Verwendung enthält. Daher kann die Angemessenheit der Subvention nicht beurteilt werden. Hirnschall stellte den Antrag, das Geschäftsstück zurückzustellen, bis die Wiener Stadthalle eine genaue Aufgliederung vorlegt.

GR Ludwig (SPÖ) führte an, daß in den Betriebsstätten der Wiener Stadthalle jährlich 33.700 Stunden Sport betrieben wird. Bei einer Belegszeit von 16 Stunden am Tage ergibt dies die hohe Summe von 2.100 Tagen. 27 Sportarten werden auf den Anlagen betrieben. Vor der Hallensport würde durch eine Einschränkung stark betroffen sein. Ludwig erinnerte, daß die Rundturnhallen und die Schulen der Gemeinde Wien ebenfalls kostenlos den Sportverbänden zur Verfügung stehen. In den Einrichtungen der Wiener Stadthalle finden auch alljährlich viele internationale Sportveranstaltungen statt, so im vorigen Jahr die

Basketball-Europapokalspiele und ein Judo-Europaturnier. Die Stadt Wien versucht, in einem ausgewogenen Verhältnis den Breiten- und Spitzensport zu fördern, erklärte Ludwig abschließend.

Abstimmung: Mit den Stimmen SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wurde abgelehnt. (sei)

#### Sportsubventionen

Der nächste Antrag von GR. Brosch (SPÖ) betraf Kostenbeiträge für Verwaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf Sportanlagen, wofür im Rahmen der Sportförderungsaktion der Stadt Wien Geldmittel im Gesamtbetrag von 4,4 Millionen S vorgesehen sind. Unter anderem sollen der Wiener Fußball-Verband 1,835.900 S, der ASKÖ 1,475.100 S und die Österreichische Turn- und Sport-Union 580.800 S erhalten.

GR. Arthold (ÖVP) warf im Zusammenhang mit den Sportsubventionen die Frage auf, wieviel der Stadt Wien die Erhaltung von Sportplätzen in dichtverbauten Gebieten wert ist. Durch die Absiedlung von Sportplätzen entstünden Schäden, die nicht wieder gutzumachen seien. Nicht geglückt sind die Versuche, den Wackerplatz und den Red-Star-Platz zu retten. Auf dem Gelände des Wacker-Platzes werden 234 Wohnungen errichtet, der Red-Star-Platz muß einer Tiefgarage weichen. Wenn es um Garagen geht, habe jede Garagenbaugesellschaft mehr Einfluß als der Wiener Landessportrat, der nach dem Sportgesetz bei jeder Absiedlung befragt werden müsse, schloß Arthold.

In seinem Schlußwort betonte GR. Brosch (SPÖ), daß die Stadtverwaltung bemüht sei, Sportplätze zu erhalten, doch seien hier finanzielle Grenzen gesetzt.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (we)

#### Zweite Subventionsliste

Stadtrat Máyr (SPÖ) legte die zweite Subventionsliste mit einem Gesamtbetrag von 9,985.500 S vor, in der unter anderem drei Millionen S für den Zuwandererfonds vorgesehen sind. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß über die Häuserkäufe dieses Fonds noch immer keine zufriedenstellende Aufklärung erfolgt und ein dies-

bezüglicher Kontrollamtsbericht noch nicht dem Gemeinderat vorgelegt worden sei. Weiters verlangte er Aufklärung über den Erwerb von Wohnungen von der Baugesellschaft "Sozialbau" am Mortaraplatz und stellte eine diesbezügliche Anfrage. GR. Krenn beantragte die gesonderte Abstimmung über die Subvention für den Fonds. Im Schlußwort entgegnete Stadtrat Mayr, daß der Kontrollamtsbericht über die Häuserkäufe des Fonds dem Gemeinderat vorgelegt werde, sobald der Kritisierte dazu Stellung genommen hat. Er hoffe, das werde bald sein.

Abstimmung: Die Subvention für den Zuwandererfonds wurde mit Mehrheit, die restliche Liste einstimmig angenommen. (smo)

#### Grundstückserwerb

Ein Drittel des 260.000 Quadratmeter großen Grundstückes, auf dem derzeit die Wohnhausanlage Alt-Erlaa entsteht, soll von der Stadt Wien erworben werden. Der Kaufpreis für das 86.000 Quadratmeter große Grundstück beträgt 72 Millionen Schilling. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 834 Schilling. Wie Berichterstatter Vizebürgermeister Pföschl erklärte, erfolge der Ankauf in der Ansicht, den in Zukunft dort Wohnenden die Lasten der Infrastruktur zu ersparen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

volksheim ottakring wird um 18 millionen s instandgesetzt

13 wien, 27.2. (rk) die generatinstandsetzung des volksheimes am ludo hartmann-platz - sie wird rund 18 millionen s kosten - kuendigte vizebuergermeister hubert p f o c h in einer festveranstaltung anlaesslich des 75jaehrigen bestehens dieser volksbildungsstaette an. die renovierung soll so durchgefuehrt werden, dass der veranstaltungsbetrieb nicht gravierend gestoert wird. (smo)

1252